

Ansprache von Herrn Jacques SANTER, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, zu Gelegenheit der Bitburger Gespräche am 13. Januar 1990

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

Die Einladung, bei den 21. Bitburger Gesprächen als „guest-speaker“ den Abschlußvortrag zu halten, habe ich mit großer Freude angenommen. Es ehrt die Gesellschaft für Rechtspolitik, daran gedacht zu haben, das europäische Thema des Binnenmarktes von einem nichtdeutschen Politiker beleuchten zu lassen.

Daß dabei ihre Wahl auf einen Luxemburger fiel, ist nicht verwunderlich, liegt doch das Großherzogtum der Stadt Bitburg am nächsten. Ich darf dabei auch daran erinnern, daß das Herzogtum Luxemburg einst die Bitburger Gegend umfaßte, dies allerdings bevor es 1815 zum Großherzogtum avancierte, und bevor es seine Unabhängigkeit erlangte.

Seither aber trennt eine Grenze die beiden Gebiete. Das wird auch so bleiben, aber das Hindernis, das diese Grenze, wie alle anderen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, darstellt, soll in den nächsten Jahren so weit wie möglich abgebaut werden. Das ist das Ziel des europäischen Binnenmarktes.

Sie werden verstehen, daß ich als Premierminister kein Spezialist des Pharmazieinnenmarktes bin. Diesen kennen Sie nach zwei Tagen Fachvorträgen zweifellos besser.

Ich möchte daher lieber auf die Problematik des Binnenmarktes und der europäischen Integration im allgemeinen kurz eingehen, und einige mögliche Konsequenzen für die gemeinsame grenzüberschreitende Großregion Saar-Lor-Lux-Trier aufzeichnen.

Vor rund viereinhalb Jahren hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft unter Federführung von Kommissar Lord *Cockfield* ihr bekanntes Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes vorgelegt. Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987, der ersten großen Revision der Römischen Verträge, haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, den Europäischen Binnenmarkt bis Ende 1992 schrittweise zu verwirklichen. Von Schottland bis Sizilien: ein Europäischer Binnenmarkt, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei wie zwischen Schleswig-Holstein und Bayern verkehren können. Ein wirtschaftlicher Freiraum von rund 320 Millionen Einwohnern, vergleichbar mit dem Wirtschaftsraum der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Weißbuch führt rund 300 gesetzgeberische Einzelmaßnahmen auf, die zur Vollendung des Binnenmarktes verabschiedet werden müssen. Bis heute sind mehr als die Hälfte der im Weißbuch vorgesehenen Maßnahmen angenommen.

Das ist angesichts der Schwierigkeiten des Unterfangens kein schlechtes Resultat.

Man muß bedenken, daß im Ministerrat die Vertreter von zwölf Mitgliedsstaaten, mit verschieden gelagerten Interessen, sich jedesmal zu einer gemeinsamen Lösung durchringen müssen. Dabei geht es einerseits darum, die Grenzen zu öffnen, und Schranken abzubauen, andererseits gilt es aber auch, gemeinsame Regeln festzulegen. Besonders wichtig war dabei, daß die Einheitliche Akte für die meisten Bereiche des Binnenmarktes festhält, daß Entscheidungen im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Über einzelne Widerstände kann sich der Rat dementsprechend durch eine Abstimmung hinwegsetzen.

Trotz bedeutender Fortschritte muß ich aber zugeben, daß wir in Zeitdruck geraten sind, wenn der große Europäische Binnenmarkt tatsächlich bis zum 31. Dezember 1992 Wirklichkeit sein soll. Viel bleibt nämlich noch zu tun, und man darf nicht außer acht lassen, daß es außer der Verabschiedung einer Reihe von Richtlinien, auch noch deren Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten in nationales Recht bedarf. Dennoch ist es nicht unrealistisch, an dem Termin und an der magischen Ziffer 1992 weiterhin festzuhalten.

Luxemburg ist für seine europäische Gesinnung bekannt. Als kleines Land, fast ohne nationalen Absatzmarkt für seine Produkte, kann dem Großherzogtum am Abbau der Schranken nur gelegen sein. Deshalb haben wir von Anfang an das Projekt des einheitlichen Marktes unterstützt, so wie wir uns auch in fast allen anderen Bereichen stets für den Fortschritt der europäischen Integration eingesetzt haben.

Ganz besonders für die Industrie erhoffen wir einen freieren Zugang zu dem großen Europäischen Markt. Aber auch als Dienstleistungszentrum könnte Luxemburg seine Rolle ausbauen. So hoffen wir, daß die Richtlinie über das „Fernsehen ohne Grenzen“ uns bei den Bemühungen helfen wird, Luxemburg zu einer Drehscheibe audiovisueller Medien auszubauen. Fernsehprogramme rund um RTL zum Beispiel oder Benutzer unseres Fernsehsatelliten ASTRA könnten in Zukunft vermehrt von Luxemburg aus Bilder nach allen Teilen Europas senden. In Zukunft werden sie zumindest innerhalb der Gemeinschaft freien Zugang zu Kabelnetzen und freien Empfang durch Satellitenantennen genießen.

Wie alle Mitgliedsstaaten hat aber auch Luxemburg Sorgen mit der Verwirklichung des Binnenmarktes. Wir wehren uns zum Beispiel gegen eine Erhöhung unserer indirekten Steuern, weil wir die Auswirkungen auf die Inflationsrate befürchten, aber auch und nicht zuletzt, weil das Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung zu unserem System der Umverteilung, und damit der sozialen Gerechtigkeit gehört, das wir nicht in Frage stellen möchten.

Ein anderes Beispiel stellen die Forderungen verschiedener Mitgliedsstaaten nach verstärkter Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden dar, die mit dem luxemburgischen Bankgeheimnis nicht vereinbar wären. Diese Vorschläge werden zwar mit gut klingenden Argumenten dargebracht, wenn man das Problem im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs aber praktisch sieht, so muß man einsehen, daß das zu erwartende Resultat nicht im Verhältnis steht mit dem Opfer, das von Luxemburg verlangt wird. Denn erstens zeigt die Wirklichkeit, daß das bestehende Bankgeheimnis in Luxemburg innerhalb der Zone, wo das Kapital schon jetzt frei fließt, keine größeren Probleme stellt, so zum Beispiel für die Bundesrepublik, die

Beneluxstaaten oder Großbritannien. Zweitens muß man bedenken, daß andere Finanzplätze wie die Channel Islands, die niederländischen Antillen, oder auch die Schweiz von den Maßnahmen nicht betroffen wären. Und drittens muß man sich bewußt sein, daß die Gemeinschaft auch nach 1992 solide Finanzplätze wie Luxemburg und das Kapital, das dort angelegt ist, brauchen wird.

Wie größere Mitgliedsstaaten es in der Vergangenheit öfters getan haben, so mußten auch wir in dieser Sache vor kurzem zum ersten mal gegenüber einer Mehrheit hart bleiben. In Steuerfragen sieht die Einheitliche Akte nur einstimmige Entscheidungen vor. Wir machten also Gebrauch von unserem Recht, den Vorschlag des französischen Vorsitzes abzulehnen, und der Rat wird jetzt nach einer tragbaren Lösung suchen müssen, die den Anliegen Luxemburgs, aber auch den Interessen der Gemeinschaft als solcher, besser Rechnung trägt.

Auch ein kleines Land muß sich in der Gemeinschaft manchmal zu wehren wissen. Aber solche Vorfälle können uns nicht vergessen lassen, daß Luxemburg, genau wie seine Partner, an den Vorteilen des Binnenmarktes teilhaben wird. Und das nicht nur durch den freien Zugang zu dem großen Markt, sondern besonders auch durch das Wirtschaftswachstum und die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, die die Gemeinschaft als Ganzes sich vom Binnenmarkt erwartet.

Darüber hinaus aber sind wir auch den anderen Zielen, die sich die EG gesetzt hat, stark verbunden. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine neue Herausforderung, der wir uns stellen müssen, wenn die EG nicht wieder auf der Stelle treten soll. Mehr noch aber liegt uns die soziale Dimension Europas am Herzen. Die Europäische Integration darf auf keinen Fall auf Kosten der sozialen Errungenschaften gehen. Im Gegenteil: es geht darum, den Wohlstand abzusichern und ihn für alle EG-Bürger zugänglich zu machen.

Wie notwendig aber auch für das Alltagsleben der Menschen eine die Grenzen überwindende, wahrhaft „europäische“ Politik ist, zeigt sich vor allem in den Grenzregionen. Für die Bürger, die in einem solchen Gebiet leben, sind starre, trennende Grenzbalken und -zäune unvereinbar mit der vielfach gemeinsamen Sprache, mit einer ähnlichen Lebensweise und vielen menschlichen Beziehungen „hinüber und herüber“. Außerdem bringt die Randlage dieser Regionen oft erhebliche Standortnachteile für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gegenüber dem Binnenland mit sich.

Die Menschen an den Grenzen, die in den vergangenen Jahrhunderten am meisten unter den Kriegen zwischen den europäischen Staaten zu leiden hatten, waren vielfach bis heute benachteiligt und kamen weniger als andere in den Genuß der Vorteile, welche die europäische Einigung bisher geschaffen hat.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich in der Europäischen Gemeinschaft auch grenzüberschreitende regionale Zweckgemeinschaften gebildet, für die es weder Vorbilder noch eine gesetzliche Grundlage gab. Die Zusammenarbeit in diesen Regionen bezieht sich zunächst auf den kommunalen Aufgabenbereich, wie etwa die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, den Nahverkehr, die Raumordnung, den Umweltschutz, aber auch auf die gemeinsame Nutzung von Schulen sowie kultureller und medizinischer Einrichtungen. Inzwischen versuchen sie auch im Bereich der Wirtschaftsentwicklung

ihre Randlage gemeinsam zu überwinden. Durch diese Arbeit haben die Grenzregionen bewiesen, daß Europa für seine Bewohner ein konkretes Bedürfnis ist.

Ein gutes Beispiel dafür stellt zweifellos die im Herzen Europas gelegene Großregion Saar-Lor-Lux dar, der Regionen in vier verschiedenen Staaten angehören, die schon seit Jahrhunderten viel gemeinsam haben.

So ist es denn auch nicht überraschend, daß man hier versucht über die Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten und zu planen. Das ist nicht immer einfach, sei es nur, weil rein institutionell die Befugnisse der verschiedenen Organe nicht die gleichen sind, finden wir doch an einem Tisch:

- die deutschen Planungsgemeinschaften Trier und Westpfalz,
- die belgische Provinz Luxemburg,
- die französische Region Lothringen,
- das Bundesland Saarland,
- und das souveräne Großherzogtum Luxemburg.

Interregionale Gremien haben denn auch nicht immer genau dieselbe Zusammensetzung, da je nach Zielsetzung der eine oder andere Partner im eigenen nationalen Gefüge über mehr oder weniger Kompetenzen, und damit auch Bewegungsfreiheit verfügt.

Die Saar-Lor-Lux Region hat in der rezenten Vergangenheit eine schwere wirtschaftliche Krise durchstehen müssen. Sowohl an der Saar als in Lothringen und Luxemburg fußte der wirtschaftliche Wohlstand auf der bis in die frühen siebziger Jahre florierenden Stahlindustrie. Von 1975 an aber ist die Quelle unseres relativen Reichtums zum Sorgenkind geworden. Die drei Regionen wurden von dem Einbruch der Montanindustrie schwer getroffen. Die Folgen davon sind auch heute noch nicht alle behoben. Die Stahlkrise ist maßgeblich für die hohe Arbeitslosigkeit in der Großregion verantwortlich.

Inzwischen hat sich die Konjunktur im Stahlbereich stark verbessert und läßt unsere Betriebe wieder optimistischer in die Zukunft blicken. Aber die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze können wir uns von diesem Wirtschaftszweig in nächster Zukunft nicht erwarten.

Auch in Luxemburg hat die Stahlindustrie weit über die Hälfte seiner Belegschaft verloren und fährt mit dem Personalabbau immer noch fort. In punkto Arbeitslosigkeit hatte das Großherzogtum allerdings mehr Glück, aber wohl auch mehr Reaktionsmöglichkeiten als die Nachbarregionen. Dank der Wahrnehmung und Ausnutzung der sich bietenden Möglichkeiten im Dienstleistungssektor ist es uns gelungen, die in der Industrie verlorenen Arbeitsplätze mehr als zu ersetzen, und selbst in bescheidenem Maße zur Verbesserung der Beschäftigungslage, auch über die nationalen Grenzen hinaus, beizutragen. Luxemburg ist inmitten der Großregion ein dynamischer Pol geblieben, der rund 27500 Grenzgängern aus den Nachbarregionen Arbeit bietet. Die Pendler machen damit mehr als 10% der Beschäftigten aus.

Das Großherzogtum braucht diese zum Teil qualifizierten Arbeitskräfte, die Betroffenen sind froh, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, und schließlich wird dadurch auch die Arbeitslosigkeit in der Grenzregion spürbar gelindert.

Es handelt sich dabei nur um ein Beispiel der zahlreichen menschlichen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Grenzregionen, die dem Saar-Lor-Lux Raum als Ganzes zugute kommen. Bisher wurde eine weitergehende Integration der Region aber dadurch erschwert, daß selbst in der EG die nationalen Grenzen ein reales Hindernis darstellen. Hüben wie drüben gelten verschiedene Regeln, und auch das Überqueren der Grenzen ist immer noch, besonders wenn es sich nicht nur um Personen, sondern um Güter oder Dienstleistungen handelt, mit Formalitäten und Zeitaufwand verbunden.

Das Prinzip des Binnenmarktes will, daß fortan in der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr die Regeln des Absatzstaates entscheidend sind, sondern diejenigen des Herkunftsstaates. Ein deutsches Produkt, das den deutschen Bestimmungen entspricht, wird im ganzen Binnenmarkt ungehindert verkauft werden können.

Den Regionen kommt damit größere Bedeutung zu, und das besonders in ihrer grenzüberschreitenden Dimension. Die Großregion könnte in Zukunft nicht mehr ein Mosaik aus vier verschiedenen Absatzgebieten darstellen, die jeder einzeln anzugehen sind, sondern vielmehr einen regionalen Markt, den ein Betrieb mit einer einzigen, wenn auch zweisprachigen, Verkaufsstrategie erobern kann. Rheinland-pfälzische Produkte zum Beispiel, die bisher nur für Deutschland bestimmt waren, könnten bald im nahen Lothringen oder Luxemburg ebensogut abgesetzt werden. Somit dürfte der Binnenmarkt der Integration der Großregion einen neuen Anstoß verleihen.

Auch kleinere Firmen können künftig die gesamte Saar-Lor-Lux Region als potentielles Absatzgebiet ansehen.

Dazu werden aber auch begleitende Maßnahmen erforderlich sein. In Bezug auf die Großregion gilt es zum Beispiel, die grenzüberschreitende Nützung der bestehenden Infrastrukturen zu fördern und die Schaffung neuer Infrastrukturen zu koordinieren. So kann zum Beispiel der internationale Flughafen in Luxemburg von den anderen Regionen als Bestandteil ihres eigenen Verkehrssystems angesehen werden, und die regionalen Flughäfen können komplementär dazu genutzt werden. Wichtig ist auch die Optimierung der Straßen- und Eisenbahnverbindungen. Der Anschluß der Großregion an das internationale Netz der Hochgeschwindigkeitszüge sollte so schnell wie möglich sichergestellt werden.

Bevor ich andere Bereiche der Saar-Lor-Lux Zusammenarbeit anspreche, möchte ich aber daran erinnern, wer der Initiator von vielen der grenzüberschreitenden Projekte im Großraum ist. Seit nunmehr achtzehn Jahren werden im Rahmen des IRI, des Innergemeinschaftlichen Regional-Instituts, das in Luxemburg seinen Sitz hat, Ideen für Saar-Lor-Lux geschmiedet und weitergetrieben. Engagierte Europäer, meist aus Wirtschaft und Politik der fünf Regionen, setzen sich auf den verschiedensten Gebieten für die Zusammenarbeit ein. So kann ich eine Vielfalt von Institutionen, Projekten und Ideen anführen, an denen das IRI direkt oder indirekt beteiligt ist, sei es nun die Regionalkommission, der Interregionale Parlamentarier-Rat, der COMREGIO der Städte und Gemeinden, das integrierte Entwicklungsprogramm, die Tourismuskarte, der Kulturkalender, der Umweltrat, die Transcity-Studie, das Forschungshandbuch, die universitäre Zusammenarbeit oder noch einige andere.

Die Gründer des IRI haben frühzeitig verstanden, daß die Großregion in manchen Bereichen gemeinsame Interessen hat, und daß viele Probleme sich durch die grenzüberschreitende Kooperation besser lösen lassen. Ihnen verdanken wir heute, daß wir in Erwartung des Binnenmarktes auf schon bestehende Strukturen zurückgreifen können.

Besonders wertvoll sind dabei wohl auch die Initiativen in den Bereichen Forschung und Hochschulstudien. In Luxemburg gibt es keine vollständige Universitätsausbildung und es ist auch keine geplant. Wir sehen es als zu wichtig an, daß unsere Studenten ihre Nase auch einmal über die engen nationalen Grenzen hinausstrecken. Willkommen aber ist es, wenn sie eine hochwertige Ausbildung im nahen Ausland erhalten können. Ebenso wichtig ist, daß auch unsere bestehenden postsekundären Schulen mit den benachbarten Instituten in ständigem Erfahrungsaustausch bleiben.

Wir haben vor drei Jahren in Luxemburg Maßnahmen getroffen, die die Forschung im öffentlichen Bereich sowie den Technologietransfer fördern sollen. Auf diesem Gebiet können wir fortan gleichwertige Partner sein, und Kontakte zwischen unseren Forschern und den Universitäten der Region sind schon geknüpft.

Ein anderes Beispiel stellt der Bereich Tourismus dar. Auch hier bestehen schon Bemühungen, die Großregion mit seinen Erholungsgebieten und grenzüberschreitenden Naturparks gemeinsam als Feriengegend attraktiv zu machen.

Auch in Sachen Umweltschutzpolitik kann eine stärkere Zusammenarbeit manche Vorteile bringen. So denkt zum Beispiel das IRI an die Erstellung eines grenzüberschreitenden abfallwirtschaftlichen Konzepts für die Großregion. Die Nützlichkeit einer gemeinsamen Lösung zur Abfallbeseitigung leuchtet ein.

Eine ganze Reihe von Beispielen also, die zeigen, daß Zusammenarbeit in der Großregion für jeden von Vorteil ist. Ein Fehler wäre es auf jeden Fall in meinen Augen, wenn Rivalitäten oder Eifersucht über die Erfolge des anderen die Großregion auseinanderbröckeln ließen. Man hat mir in Luxemburg gelegentlich vorgeworfen, die Stadt Metz verfüge über ein Technopol und Luxemburg nicht. Meine Antwort lautete, daß es gut ist, auch für Luxemburg, wenn sich in Metz Betriebe der „High-Tech“-Branche niederlassen, mit denen Luxemburger oder andere Firmen der Großregion zusammenarbeiten können.

Umgekehrt bin ich auch davon überzeugt, daß die ausgezeichnete Wirtschaftslage, die Luxemburg in den letzten Jahren kannte, und die vielleicht mit derjenigen in Lothringen oder an der Saar kontrastiert, den umliegenden Regionen eigentlich nur nützen konnte.

Lieber miteinander also als gegeneinander, und dies gilt meines Erachtens immer mehr in Erwartung von 1993.

Innerhalb des großen Europäischen Binnenmarktes dürfte die Großregion im Herzen Europas mehr als andere vom Abbau der Schranken profitieren. Ich bin zuversichtlich, daß die neue Dynamik der europäischen Wirtschaft der Region dazu verhelfen wird, die Folgen der Stahlkrise endgültig zu überwinden und wieder zu einer führenden Rolle inmitten der Gemeinschaft zurückzufinden.